



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › **Nach über 417.000 Anträgen zieht Wirtschaftsminister eine vorläufige Bilanz**

Nach über 417.000 Anträgen zieht Wirtschaftsminister eine vorläufige Bilanz

5. Mai 2022

MÜNCHEN Mehr als zehn Milliarden Euro Corona-Wirtschaftshilfe sind an bayerische Unternehmen ausgezahlt worden. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bedankte sich bei der Industrie- und Handelskammer als Bewilligungsstelle. Dazu Aiwanger: „Deutschland ließ die Wirtschaft nicht im Regen stehen und verhinderte eine größere Insolvenzwellen. Die staatlichen Hilfen schlossen die Finanzlücken der stark gebeutelten Wirtschaft. Mein großes Dankeschön geht an die Mitarbeiter der Industrie- und Handelskammer, die von heute auf morgen plötzlich zu den entscheidenden Koordinierungsstellen der Staatshilfen wurden.“

Seit Sommer 2020 bewilligte die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern über 417.000 Anträge. Insgesamt wurde eine Summe von 10,2 Milliarden Euro ausgezahlt. Regelmäßig regte das Bayerische Wirtschaftsministerium in Berlin Verbesserungen an, um so viele Berufsgruppen wie möglich durch die pandemische Zeit zu bringen. So wurden die Bundesprogramme auf Branchen wie Soloselbstständige und Freiberufler ausgeweitet. Des Weiteren wurden aufgrund der bayerischen Initiative beispielsweise Sonderregelungen für Reise-, Kultur- und die Veranstaltungsbranche ab der Überbrückungshilfe III oder Sonderregeln für Brauereigaststätten, Weihnachtsmarktbesucher und gemeinnützige Vereine erwirkt.

Wirtschaftsminister Aiwanger zog bei einem gemeinsamen Termin mit Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Prof. Dr. Klaus Josef Lutz (Präsident der IHK für München und Oberbayern) eine vorläufige Bilanz der Corona-Wirtschaftshilfe.

Sollte es in naher Zukunft zu möglichen, neuen Unterstützungen für die Wirtschaft durch den Staat kommen, empfiehlt Wirtschaftsminister Aiwanger der Bundesregierung aus den Erfahrungen mit den Corona-Paketen Rückschlüsse zu ziehen. „Der Aufbau und die Abwicklung der Programme können eine hervorragende Blaupause für künftige Hilfsprogramme liefern, um Auswirkungen und Folgen bei unvorhergesehenen Ereignissen auch in der Zukunft für die Wirtschaft abzumildern. So müsste man sich beispielsweise rechtzeitig Gedanken machen, wer künftig eventuelle Hilfsanträge abwickeln könnte“, sagt Aiwanger.

Abschließend appellierte Aiwanger an die Bundesregierung: „Um künftige Unsicherheiten zu vermeiden, ist der Bund in der Pflicht klare Vorgaben zu geben. So fehlen bis jetzt beispielsweise Auskünfte, wie jetzt nach dem Wegfall der Corona-Einschränkungen mit den Anträgen für den Zeitraum April bis Juni zu verfahren ist.“

Dr. Patrik Hof

Stv. Pressesprecher

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

